

## **Tätigkeitsbericht des Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung e.V. (BUG)**

### **Die Gründung des BUG**

Das Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung e.V. hat sich am 18. April 2009 bei seiner Gründungsversammlung in Berlin konstituiert. Im Vorlauf zur Gründungsveranstaltung wurde ein Entwurf der Satzung vorbereitet und bei der Gründungsversammlung von den 9 Gründungsmitgliedern verabschiedet. Ein Vorstand bestehend aus einem Vorstandsvorsitzenden (Dr. Rainer Nickel), stellvertretenden Vorsitzenden (Sedat Çakır) und einer Schatzmeisterin (Simone Wiegratz) wurde gewählt. Außerdem wurde ein Kassenprüfer (Michael Kargus) benannt.

Bei einer ersten Vorstandssitzung am selben Tag, wurden eine Geschäftsordnung, ein Strategischer Plan, ein Finanzierungsstrategie und ein Arbeitsprogramm für 2009 vom Vorstand angenommen.

Im Mai wurde die Satzung beim Vereinsregister des Amtsgerichtes Berlin-Charlottenburg vorgelegt. Die Eintragung erfolgte am 5.6.2009. Eine vorläufige Gemeinnützigkeit wurde am 8.7.2009 ausgestellt. Eine Satzungsänderung wurde jedoch erbeten, die dezidiert feststellt, dass die juristische Unterstützung des BUG für die Mandanten kostenfrei angeboten wird. Diese Satzungsänderung wurde am 2.10.2009 vollzogen.

Im Berichtszeitraum wurde regelmäßig mit dem Vorstand kommuniziert und deren Rückmeldungen auf die Entwicklung von Konzepten berücksichtigt.

### **Mitglieder des BUG**

Bei der ersten Vorstandssitzung wurden 54 Mitglieder aufgenommen. Am 21.6.2009 wurden weitere 22 Mitgliedsanträge angenommen. Hiermit stieg die Mitgliederzahl auf 76 Personen. Bei der 2. Vorstandssitzung am 21.11.2009 wurde die Mitgliederzahl auf 81 erhöht. Somit hat das BUG die Möglichkeit laut § 23 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes Personen vor Gericht zu unterstützen.

### **Netzwerkarbeit des BUG**

#### - Nichtregierungsorganisationen

Seit Mai 2009 hat die ehrenamtliche Geschäftsführerin Vera Egenberger unzählige Kontaktgespräche mit Vereinen, Verbänden und Einzelpersonen im Bereich der Gleichstellungsarbeit für Männer und Frauen, als auch anderen Gruppen, geführt. Diese Treffen erhöhten den Bekanntheitswert des BUG und bereiteten die Kooperation mit Organisationen aus den Bereichen Frauengleichstellung, Behinderung, LGBT und ethnische Minderheiten vor. Im Besonderen wurde mit den in einigen Bundesländern ansässigen Antidiskriminierungsbüros Kontakt aufgenommen und regelmäßige Kommunikation und Austausch gepflegt.

#### - niedergelassene Anwälte

Im Herbst 2009 wurde Kontakt mit Anwälten aufgenommen, die potenziell Erfahrung mit dem AGG haben und mit dem BUG kooperieren möchten. Eine Gruppe von circa 10 Anwälten interessiert sich bislang für eine Zusammenarbeit mit der Organisation.

#### - DGB Rechtsschutz GmbH

Im September wurde Kontakt mit der DGB Rechtsschutz GmbH aufgenommen, um zu erörtern, ob es im Bereich der Diskriminierung in der Beschäftigung eine Kooperation mit dem BUG geben könnte und ob die Rechtsschutz GmbH den Themenbereich bereits bearbeitet. Eine weitere Kommunikation wurde verabredet.

### **Öffentlichkeitsarbeit**

Im Sommer 2009 wurde ein Logo für das BUG erarbeitet, das die Gleichgewichtigkeit von unterschiedlichen Formen (Kreis, Würfel, Dreieck) symbolisiert und durch die 3 Grundfarben andeutet, dass durch die Mischung dieser Farben die komplette Farbskala erstellt werden kann. Außerdem wurden Texte für eine Selbstdarstellung erarbeitet und in kleiner Auflage vervielfältigt. Texte für die Website wurden verfasst und eine Webseite wurde von Ehrenamtlichen erstellt.

Im November wurde ein Verteiler von Journalisten angelegt, um in 2010 Pressearbeit durchführen zu können.

### **Veranstaltungen**

Das BUG hat am 2. 11.2009 in Zusammenarbeit mit der Landesstelle gegen Diskriminierung Berlin – Brandenburg eine Dialogveranstaltung zum Thema ‚Mehrfachdiskriminierung‘ durchgeführt. Die ehrenamtliche Geschäftsführung des BUG hat außerdem bei zahlreichen Veranstaltungen teilgenommen und im Namen des BUG Beiträge geleistet.

### **Mitgliedschaft in Netzwerken**

Das BUG hat die Mitgliedschaft des BUG im ‚Netz gegen Rassismus - für gleiche Rechte‘, dem ‚Forum gegen Rassismus‘ und im Paritätischen Landesverband Berlin beantragt. Die Mitgliedschaft im ‚Netz‘ wurde am 15.10.2009 und im ‚Forum‘ am 19.11.2009 gewährt. Der Antrag zur Mitgliedschaft im Paritätischen ist noch anhängig.

### **Vorbereitende Maßnahmen**

#### - Kontoeröffnung

Im Oktober konnte bei der Commerzbank ein BUG Konto eröffnet werden.

#### - Zusammenarbeit Anwälte

In einem Papier wurden die Konditionen für die Zusammenarbeit des BUG mit externen niedergelassenen Anwälten definiert.

#### - Auswahl Klagen

In einem Konzept wurden die für das BUG zu nutzenden Auswahlkriterien für Klagen, die durch das BUG gefördert werden, aufgelistet und festgeschrieben. Diese orientieren sich an den formulierten Zielen des Strategischen Planes und der Arbeitsprogramme.

#### - Konzept Rechtshilfefonds

Für die Abdeckung von Anwaltshonoraren wurde das Konzept entwickelt einen Rechtshilfefonds einzurichten. Dieses benennt die Kriterien für die Nutzung, der als Spenden eingegangenen Mittel. Die 2. Vorstandssitzung beschloss den Rechtshilfefonds entsprechend zu eröffnen. Die Geschäftsordnung wurde mit einem zusätzlichen Kapitel zum Rechtshilfefonds ergänzt. Im Dezember 2009 wurde ein Spendenaufruf für den Rechtshilfefonds versandt.

#### - Arbeitsprogramm 2010

Im Sommer 2009 wurde basierend auf dem Strategischen Plan 2009 – 2011 und dem in 2009 gewählten Format eines Arbeitsprogrammes, das Arbeitsprogramm für 2010 erstellt. Dies beinhaltet Aktivitäten zur Gleichstellung von Frauen und Männern, als auch den Schutz vor Diskriminierung von Verbrauchern. Das Arbeitsprogramm wurde bei der 2. Vorstandssitzung im November verabschiedet.

#### **Fundraising**

Im Rahmen der verabschiedeten Fundraising Strategie, wurde ab Sommer 2009 Kontakt zu verschiedenen Stiftungen aufgenommen, um die Einwerbung von Mitteln zu sichern. Bis Ende Dezember konnten circa 1.000 Euro gesichert werden. Informationen zu den für das BUG relevanten Stiftungen wurden zusammen getragen und zwei weitere Anträge wurden bis Dezember 2009 gestellt.

Berlin den 31.12.2009